

Zum Bildungsvolksbegehren „Bildung ist Zukunft“

Dass die schulische Bildung und inzwischen auch sichtbar die universitäre in Österreich krank darniederliegt und nachgewiesenermaßen Kinder und Lehrpersonal krank macht, ist beileibe keine neue Erkenntnis. Allein, die Politik schert sich keinen Deut darum. Durchschaubare Machtspielchen – so wie aktuell die Diskussion um die „Verlängerung“ des Schulwesens – sind allemal wichtiger als eine fortschrittliche und gesunde Entwicklung im Bildungsbereich. Alle namhaften Experten und ernstzunehmende Studien zeigen den Weg auf, Länder, die diesen schon längst eingeschlagen haben belegen deren Richtigkeit.

Selbst die Wirtschaft, allen voran ein Hannes Androsch, hat die Notwendigkeit einer Abkehr von der bisherigen Bildungspolitik oder besser gesagt einer Verhinderungspolitik insbesondere der in Pröll'scher Geiselhaft befindlichen ÖVP erkannt. Der Aufruf an die Bevölkerung, ihre Stimme für eine „bessere“ Bildungspolitik zu erheben, muss daher von allen Kräften, die sich für eine dringend erforderliche Schulreform einsetzen unterstützt werden.

Zu den Vorstellungen des „Volksbegehren Bildungsinitiative“, nachzulesen unter www.vbbi.at haben wir von der VLI und UBG Ergänzungs- Präzisierungsvorschläge:

- Die Abkehr vom derzeitigen kinder- und familienfeindlichen differenzierten Schulsystem ist grundlegende Bedingung für eine positive und nachhaltige Reform des österreichischen Bildungssystems. Wir fordern die bundesweite Einführung der Gesamtschule als einzige Schulform für die der 6 bis 15-Jährigen.
- Vorschulische Bildungseinrichtungen sind im gesamten Bildungskanon von zentraler Bedeutung und müssen verstärkt in das Volksbegehren miteinbezogen werden.
- Kinder und Jugendliche haben ein (Menschen)Recht auf Bildung und Ausbildung.
- Wir fordern ein Konjunkturpaket Bildung – spürbare und nachhaltige Bildungs-investitionen in Kindergärten, Schulen und Universitäten. Die Regierung soll sich endlich dazu bekennen! „Her mit den Bildungsmilliarden“.
- Bildung muss uneingeschränkt Bundeskompetenz werden – auch für die Lehrer/innen in den APS.
- Die parteipolitische Instrumentalisierung von Schulverwaltung und die Parteibuch-Protektion muss durch demokratische und transparente Entscheidungsabläufe unterbunden werden.
- Österreich braucht moderne Bildungsgesetze und ein bundesweit einheitliches Dienst-recht für alle PädagogInnen, damit eine zeitgemäß sozial-integrative und individuell fördernde Bildungsarbeit Standard wird.
- Bundesweit neu geregelte Kompetenzen und gesicherte Ressourcen am Schulstandort, damit klare und weitreichende Mitwirkungsrechte der Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen an „ihrer“ Schule gewährleistet werden kann.
- Bedeutend mehr Mitwirkungsrechte der Pädagog/innen bei der Besetzung von Leitungs-posten an ihrer Bildungseinrichtung.
- Die Funktion als LeiterIn einer Bildungseinrichtung soll zeitlich auf 7 Jahre begrenzt werden. Über eine eventuelle Verlängerung um 3 Jahre müssen die Pädagog/innen in einer internen Abstimmung entscheiden.
- Die Schulen brauchen ein mittleres Management, das schulintern von den LehrerInnen auf Zeit (5 Jahre) gewählt wird.